



Kaufhaus in Warschau: Die Konjunktur profitiert vom privaten Konsum

## **Der günstige Wechselkurs beflügelt die Exporte**

***Kräftiges Wirtschaftswachstum erwartet – Sorgen bereitet die stagnierenden Investitionen und das hohe Budgetdefizit***

*Handelsblatt, 12.11.2003*

Polen ist wieder auf dem Wachstumspfad. Für das Gesamtjahr 2003 rechnet die Regierung mit einer Steigerung des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 3.5 %. Ein Jahr später sollen es gar 4 bis 5 % werden. Konjunkturforscher und Chefvolkswirte großer Banken sehen das als realistische Zielgröße an und unterstreichen damit die offiziellen Verlautbarungen. Für Aufwind sorgen vor allem die Exporte und die

private Nachfrage. Sorgen bereiten die anhaltende Baukrise und rückläufige Investitionen.

### **Wirtschaftspolitik unter der Lupe**

In der Ausführstruktur überwiegen preiswerte Fertig- und Zulieferprodukte. Vor allem Klein- und Mittelklassewagen, Kfz-Teile und Möbel gehören zu den Exportschlagern. Damit entfalten zu einem großen Teil Investitionen ausländischer Unternehmen positive Effekte. Auslandsinvestoren wurden auch durch die voranschreitende EU-Integration Polens angezogen. Die Größe des polnischen Marktes sowie das moderate Lohnniveau kommen als günstige Standortfaktoren hinzu.

Nach neuesten Erhebungen liegt der monatliche Durchschnittslohn mit 4.700 Zloty (ca. 1.000 Euro) in Niederlassungen ausländischer Unternehmen am oberen Rand. In großen polnischen Betrieben werden im Durchschnitt 3.350 Zloty und in kleineren Firmen noch einmal 1.000 Zloty weniger gezahlt. In diesem Zusammenhang betonte BDI-Präsident Michael Rogowski während eines Polenbesuches Anfang Oktober auf einer Pressekonferenz, dass „noch mehr deutsche Unternehmer nicht allein nach Polen schauen, sondern auch hinfahren sollen. Bereits jetzt sind steuerliche Vorteile gegenüber Deutschland vorhanden und die Lage bessert sich demnächst noch weiter. Zudem sind die Arbeitskosten geringer.“

Erfreulich stellte sich 2003 die Entwicklung im produzierenden Gewerbe dar. Wie das Hauptamt für Statistik, GUS, vermeldet, lag die verkaufte Industrieproduktion im September nominal um 11,1 % und saisonbereinigt um 8,3 % über dem vergleichbaren Vorjahrswert. Am kräftigsten ist der Absatz in der Kfz-Industrie (+35,1 %), in der Möbelbranche (+33,6 %) und bei den Maschinen- und Anlagenbauern (+24,8 %) gewachsen. Für das herbstliche Hoch werden einmal mehr die florierenden Ausfuhren und die erstarkende Binnennachfrage verantwortlich gemacht. Tüchtigen Rückenwind erhalten die Exporte dabei von der Wechselkursentwicklung.

Die Wirtschaftslage sah noch im Vorjahr weit weniger rosig aus: Rückläufiges Wachstum bei steigender Arbeitslosigkeit und einer nur schleppend verlaufenden Privatisierung ließen potenzielle Investoren vorsichtig agieren. Auch häuften sich die Beschwerden über eine langatmige Gerichtsbarkeit. Es vergehen in der Regel bis zu 1.000 Tage, bis vertraglich festgelegte Forderungen durchgesetzt werden können. Zu diesem Urteil gelangte die Weltbank in ihrer Benchmark-Studie „Doing Business in 2004“. Andererseits bescheinigte die Bank dem Land aber auch, dass es zur Gründung eines Unternehmens lediglich 31 Tage bracht. In Deutschland vergehen dafür 45 Tage.

Für Unmut in der Wirtschaft sorgt auch die unterschiedliche steuerliche Behandlung gleicher Sachverhalte in verschiedenen Finanzämtern. Dabei kann den Beamten nicht einmal böser Wille oder ein übertriebener Hang zum „Dienst nach Vorschrift“ vorgeworfen werden. Eher ließ die rasche Folge neuer Durchführungsbestimmungen und Verordnungen das geltende Steuerrecht zu einem Paragraphenschlingel heranwachsen, der selbst für Finanzbeamte nur schwer durchschaubar.

Trotzdem: Im 1. Halbjahr 2003 flossen 2,5 Mrd. US-\$ an ausländischen Investitionen ins Land. Davon absorbierten Fusionen und Übernahmen 75 % und Privatisierungen weitere 22 %. In Projekte auf der grünen Wiese gingen dagegen nur 3 %. Zwar wurden mit diesen Geldern Modernisierungen, Strukturanpassungen und Konsolidierungen vorangetrieben. Doch fielen die Kapazitätserweiterungen eher mager aus. Das „Institut zur Erforschung der Marktwirtschaft“ (IBnGR) aus Danzig weist dabei auf die immer noch geringe Investitionstätigkeit in den polnischen Unternehmen hin, obwohl sich deren finanzielle Situation im 3. Quartal dieses Jahres gebessert hat.

Bei den Zuflüssen zum Staatshaushalt erreichten die Privatisierungseinnahmen im September erst 19 % der Jahresvorgaben. Für positive Effekte wird der anstehende Verkauf der staatlichen Stahlholding PHS an den Konzern LNM sorgen. Dennoch stellte sich die Haushaltslage dieses und nächstes Jahr recht kritisch dar: die Netto-Neuverschuldung des Staates wird 2003 voraussichtlich 5 % des BIP betragen und für 2004 werden sogar mehr als 6 % prognostiziert.

Neu für Polen ist, dass sich in diesem Jahr die Unternehmen in einem Verband organisiert haben. Bisher wurde die Entwicklung des Landes eher durch die Gewerkschaft Solidarnosc bestimmt. So gründete sich im Frühjahr 2003 ein „Rat für Unternehmertum“, um die Belange der Wirtschaft gegenüber der Regierung zu vertreten und für bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen zu kämpfen. Organisiert haben sich im Rat elf Spitzenverbände, Kammern und Arbeitsorganisationen, darunter die Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer als die an Mitgliedern stärkste Einzelorganisation.